

HAMBURGISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT

TEIL I

HmbGVBl. Nr. 54	FREITAG, DEN 21. OKTOBER	2022
Tag	Inhalt	Seite
11. 10. 2022	Hamburgisches Gesetz zur Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassung 2022 und zur Aufhebung personalvertretungsrechtlicher Sonderregelungen <small>neu: 2032-10g, 2032-1, 2030-4, 2032-1a, 2035-1, 2032-1-5, 2032-1-6, 2035-2</small>	533
11. 10. 2022	Siebenunddreißigste Verordnung über die Erweiterung der Verkaufszeiten aus Anlass von besonderen Ereignissen im Bezirk Eimsbüttel	546
12. 10. 2022	Siebenundvierzigste Verordnung über die Erweiterung der Verkaufszeiten aus Anlass von besonderen Ereignissen im Bezirk Wandsbek	547
14. 10. 2022	Einundvierzigste Verordnung über die Erweiterung der Verkaufszeiten aus Anlass von besonderen Ereignissen im Bezirk Bergedorf	548
17. 10. 2022	Zweiunddreißigste Verordnung über die Erweiterung der Verkaufszeiten aus Anlass von besonderen Ereignissen im Bezirk Altona	549
18. 10. 2022	Verordnung zur Änderung der Weiterübertragungsverordnung-Schulrecht <small>223-1-1</small>	550

Angaben unter dem Vorschriftentitel beziehen sich auf die Gliederungsnummern in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Freien und Hansestadt Hamburg.

Hamburgisches Gesetz zur Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassung 2022 und zur Aufhebung personalvertretungsrechtlicher Sonderregelungen Vom 11. Oktober 2022

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

Artikel 1	(2) Dieses Gesetz gilt nicht für die
Hamburgisches Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2022 (HmbBesVAnpG 2022)	1. ehrenamtlichen Beamtinnen und Beamten der Freien und Hansestadt Hamburg,
§ 1	2. ehrenamtlichen Richterinnen und Richter der Freien und Hansestadt Hamburg,
Geltungsbereich	3. öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihre Verbände.
(1) Dieses Gesetz gilt für die	§ 2
1. Beamtinnen und Beamten der Freien und Hansestadt Hamburg,	Erhöhung der Dienstbezüge und sonstigen Bezüge ab dem 1. Dezember 2022
2. Richterinnen und Richter der Freien und Hansestadt Hamburg,	Ab dem 1. Dezember 2022 werden um 2,8 vom Hundert erhöht
3. Beamtinnen und Beamten der der Aufsicht der Freien und Hansestadt Hamburg unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts,	1. die Grundgehaltssätze,
4. Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, denen laufende Versorgungsbezüge zustehen, die die Freien und Hansestadt Hamburg oder eine der Aufsicht der Freien und Hansestadt Hamburg unterstehende Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts zu tragen hat.	2. der Familienzuschlag mit Ausnahme der Erhöhungsbeiträge für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 5,
	3. die Amtszulagen sowie die allgemeinen Stellenzulagen nach § 48 des Hamburgischen Besoldungsgesetzes (HmbBesG)

vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23), zuletzt geändert am 3. Februar 2021 (HmbGVBl. S. 59, 63),

4. die Leistungsbezüge nach § 32 HmbBesG, die Grundleistungsbezüge nach § 33 HmbBesG und der Gesamtbetrag der nach § 38 Absatz 2 Satz 4 HmbBesG für ruhegehaltfähig erklärten Leistungsbezüge,
5. die Beträge zu § 4 Absätze 1 und 2 der Hamburgischen Mehrarbeitsvergütungsverordnung vom 8. Mai 2012 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert am 29. Dezember 2020 (HmbGVBl. S. 721, 722),
6. die Beträge nach § 4 Absatz 1 Nummer 1, § 4a Absatz 1 Satz 1 Nummern 1 und 2 sowie § 4b Absatz 1 Satz 1 Nummern 1 und 2 der Hamburgischen Erschwerniszulagenverordnung vom 23. Juli 2013 (HmbGVBl. S. 340), zuletzt geändert am 18. September 2019 (HmbGVBl. S. 285, 291).

Die Anwärtergrundbeträge werden ab dem 1. Dezember 2022 um 50 Euro erhöht.

§ 3

Anpassung von Bezügen nach fortgeltendem Recht

Die Erhöhung nach § 2 gilt entsprechend für

1. die Grundgehaltssätze
 - a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
 - b) der nach § 80 HmbBesG künftig wegfallenden Ämter,
2. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
3. die Grundgehaltssätze der gemäß § 41 Absatz 1 HmbBesG fortgeltenden Bundesbesoldungsordnung C gemäß Anlage IV in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung mit den am Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Beträgen (Anlage X HmbBesG),
4. die
 - a) in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt nach den Vorbemerkungen Nummern 1 und 2 gemäß Anlage II in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung des Bundesbesoldungsgesetzes mit den am Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Beträgen,
 - b) allgemeine Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 2b gemäß Anlage II in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung des Bundesbesoldungsgesetzes mit dem am Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Betrag (Anlage X HmbBesG).

§ 4

Erhöhung der Versorgungsbezüge ab dem 1. Dezember 2022

Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern gilt die Erhöhung nach § 2 entsprechend für die in den §§ 2 und 3 genannten Bezügebestandteile, sofern sie der Berechnung ihrer Versorgungsbezüge zugrunde liegen.

Artikel 2

Änderung des Hamburgischen Besoldungsgesetzes

Das Hamburgische Besoldungsgesetz vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23), zuletzt geändert am 3. Februar 2021 (HmbGVBl. S. 59, 63), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - 1.1 Der Eintrag zu Abschnitt 9 erhält folgende Fassung:

„Abschnitt 9

Sonderzahlungen und vermögenswirksame Leistungen“.

- 1.2 Hinter dem Eintrag zu § 73 wird folgender Eintrag eingefügt:

„§ 73a Angleichungszulage für die Jahre 2021 bis 2025“.
2. In § 9 Absatz 2 Satz 5 wird die Zahl „2“ durch die Zahl „4“ ersetzt.
3. In § 36 Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:

„Darüber hinaus dürfen die Leistungsbezüge für Präsidentinnen und Präsidenten der Hochschulen mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde den Unterschiedsbetrag zwischen den Grundgehältern der Besoldungsgruppe W 3 und der Besoldungsgruppe B 10 übersteigen, wenn dies erforderlich ist, um die Person für die Leitung der Hochschule zu gewinnen.“
4. In § 38 Absatz 3 wird hinter Satz 2 folgender Satz eingefügt:

„Hiervon abweichend sind Leistungsbezüge für Präsidentinnen und Präsidenten der Hochschulen bis zu dem Unterschiedsbetrag zwischen den Grundgehältern der Besoldungsgruppe W 3 und der Besoldungsgruppe B 10 ruhegehaltfähig.“
5. Die Überschrift von Abschnitt 9 erhält folgende Fassung:

„Sonderzahlungen und vermögenswirksame Leistungen“.
6. Hinter § 73 wird folgender § 73a eingefügt:

„§ 73a

Angleichungszulage in den Jahren 2021 bis 2025

(1) Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter, die in der Zeit vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2025 innerhalb eines Kalenderjahres Anspruch auf Dienstbezüge haben, erhalten mit den Bezügen für den Monat Dezember des jeweiligen Kalenderjahres eine Angleichungszulage nach Absatz 2. Bei einem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst vor dem 1. Dezember erfolgt die Zahlung zum Zeitpunkt des Ausscheidens.

(2) Die Angleichungszulage beträgt:

1. in den Jahren 2021 und 2022 33 vom Hundert und
 2. in den Jahren 2023 bis 2025 20 vom Hundert
- des zwölften Teils der im jeweiligen Kalenderjahr nach diesem Gesetz bezogenen Summe aus Grundgehalt, Allgemeiner Stellenzulage, Amtszulage, Zuschlag nach § 8 Satz 2, Grundleistungsbezug, Berufungs- und Bleibeleistungsbezügen, besonderen Leistungsbezügen sowie Funktionsleistungsbezügen. § 7 Absatz 1 findet keine Anwendung.“
7. Die Anlagen VI bis X erhalten die aus Anlage 1 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Artikel 3

Änderung des Hamburgischen Beamtenversorgungsgesetzes

Das Hamburgische Beamtenversorgungsgesetz vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23, 72), zuletzt geändert am 3. Februar 2021 (HmbGVBl. S. 59, 60), wird wie folgt geändert:

1. In § 5 Absatz 1 Satz 1 wird der Betrag „145,95 Euro“ durch den Betrag „150,04 Euro“ und der Betrag „104,24 Euro“ durch den Betrag „107,16 Euro“ ersetzt.

2. § 56 wird wie folgt geändert:
 - 2.1 In Absatz 4 wird der Betrag „2,88 Euro“ durch den Betrag „2,96 Euro“ ersetzt.
 - 2.2 Absatz 6 wird wie folgt geändert:
 - 2.2.1 In Nummer 1 wird der Betrag „0,97 Euro“ durch den Betrag „1,00 Euro“ ersetzt.
 - 2.2.2 In Nummer 2 wird der Betrag „0,71 Euro“ durch den Betrag „0,73 Euro“ ersetzt.
3. § 57 Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - 3.1 In Nummer 1 wird der Betrag „1,90 Euro“ durch den Betrag „1,95 Euro“ ersetzt.
 - 3.2 In Nummer 2 wird der Betrag „0,97 Euro“ durch den Betrag „1,00 Euro“ ersetzt.
4. § 58 wird wie folgt geändert:
 - 4.1 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - 4.1.1 In Satz 1 wird der Betrag „2,01 Euro“ durch den Betrag „2,07 Euro“ ersetzt.
 - 4.1.2 In Satz 3 wird der Betrag „2,88 Euro“ durch den Betrag „2,96 Euro“ ersetzt.
 - 4.2 In Absatz 3 Satz 3 wird der Betrag „0,96 Euro“ durch den Betrag „1 Euro“ ersetzt.
5. In § 61 Absatz 2a Satz 1 wird der Betrag „51,81 Euro“ durch den Betrag „53,26 Euro“ ersetzt.
6. § 64 Absatz 6 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Nicht als Erwerbseinkommen gelten

 1. Aufwandsentschädigungen,
 2. im Rahmen der Einkunftsarten nach Satz 1 anerkannte Betriebsausgaben und Werbungskosten nach dem Einkommensteuergesetz,
 3. Jubiläumszuwendungen,
 4. ein Unfallausgleich (§ 39),
 5. steuerfreie Einnahmen für
 - a) Leistungen zur Grundpflege oder hauswirtschaftlichen Versorgung,
 - b) eine in der Zeit vom 1. März 2020 bis 31. März 2022 gewährte Leistung, die nach § 3 Nummer 11a des Einkommensteuergesetzes steuerfrei ist, bis zu einem Betrag von 1.500 Euro,
 6. Einkünfte aus Tätigkeiten, die einer schriftstellerischen, wissenschaftlichen, künstlerischen oder Vortragstätigkeit entsprechen, sofern sie nicht nach Art und Umfang bei einer Beamtin oder einem Beamten gemäß § 73 Absatz 2 des Hamburgischen Beamtengesetzes zu untersagen wären.“

Artikel 4

Änderung des Hamburgischen Besoldungsüberleitungsgesetzes

Die Anlagen 1 und 2 des Hamburgischen Besoldungsüberleitungsgesetzes vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23, 67), zuletzt geändert am 18. September 2019 (HmbGVBl. S. 285, 290), erhalten die aus Anlage 2 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Artikel 5

Änderung des Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes

Das Hamburgische Personalvertretungsgesetz vom 8. Juli 2014 (HmbGVBl. S. 299), zuletzt geändert am 26. Juni 2020 (HmbGVBl. S. 363), wird wie folgt geändert:

1. § 36 wird wie folgt geändert:
 - 1.1 Hinter Absatz 2 wird folgender neuer Absatz 3 eingefügt:

„(3) Die Sitzungen des Personalrates finden in der Regel als Präsenzsitzung in Anwesenheit seiner Mitglieder vor Ort statt. Der Personalrat kann im Einzelfall durch Beschluss oder allgemein in seiner Geschäftsordnung nach § 45 festlegen, dass Sitzungen vollständig oder unter Zuschaltung einzelner Personalratsmitglieder mittels Video- oder Telefonkonferenz durchgeführt werden können, wenn

 1. vorhandene Einrichtungen genutzt werden, die durch die Dienststelle zur dienstlichen Nutzung freigegeben sind und
 2. der Personalrat geeignete organisatorische Maßnahmen trifft, um sicherzustellen, dass Dritte vom Inhalt der Sitzung keine Kenntnis nehmen können.

Eine Aufzeichnung ist unzulässig. Personalratsmitglieder, die mittels Video- oder Telefonkonferenz an Sitzungen teilnehmen, gelten als anwesend im Sinne des § 39 Absatz 2 Satz 1. § 43 Absatz 1 Satz 3 findet mit der Maßgabe Anwendung, dass die oder der Vorsitzende die zugeschalteten Personalratsmitglieder feststellt und in die Anwesenheitsliste einträgt. Das Recht eines Personalratsmitglieds auf Teilnahme an der Sitzung vor Ort bleibt durch die Durchführung der Sitzung mittels Video- oder Telefonkonferenz unberührt.“
 - 1.2 Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden Absätze 4 und 5.
 2. In § 38 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 sowie in § 97 Nummer 1 wird jeweils die Textstelle „§ 36 Absatz 3“ durch die Textstelle „§ 36 Absatz 4“ ersetzt.
 3. In § 98 Absatz 3 Satz 1 wird die Textstelle „§ 36 Absätze 3 und 4“ durch die Textstelle „§ 36 Absätze 4 und 5“ ersetzt.

Artikel 6

Änderung der Hamburgischen Mehrarbeitsvergütungsverordnung

§ 4 der Hamburgischen Mehrarbeitsvergütungsverordnung vom 8. Mai 2012 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert am 29. Dezember 2020 (HmbGVBl. S. 721, 722), wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 werden die Beträge „16,15 Euro“ durch „16,60 Euro“, „22,14 Euro“ durch „22,76 Euro“ und „30,03 Euro“ durch „30,87 Euro“ ersetzt.
2. In Absatz 2 werden die Beträge „20,28 Euro“ durch „20,85 Euro“, „25,11 Euro“ durch „25,81 Euro“ und „34,85 Euro“ durch „35,83 Euro“ ersetzt.

Artikel 7

Änderung der Hamburgischen Erschwerniszulagenverordnung

Die Hamburgische Erschwerniszulagenverordnung vom 23. Juli 2013 (HmbGVBl. S. 340), zuletzt geändert am 18. September 2019 (HmbGVBl. S. 285, 291), wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Absatz 1 Nummer 1 wird der Betrag „3,65 Euro“ durch den Betrag „3,75 Euro“ ersetzt.
2. In § 4a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und § 4b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 wird jeweils der Betrag „3,66 Euro“ durch den Betrag „3,76 Euro“ ersetzt.
3. In § 4a Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und § 4b Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 wird jeweils der Betrag „4,70 Euro“ durch den Betrag „4,83 Euro“ ersetzt.

4. § 6 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

- „(1) Die Zulagen werden nicht gewährt neben
1. einer Vergütung für Beamtinnen und Beamte im Vollstreckungsdienst (§ 64 HmbBesG),
 2. Auslandsdienstbezügen (§ 66 HmbBesG).“

Artikel 8

Schlussbestimmungen

(1) Die Angleichungszulage nach § 73a des Hamburgischen Besoldungsgesetzes vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23), zuletzt geändert durch Artikel 2 dieses Gesetzes, ist keine

andere Leistung im Sinne des § 12 Absatz 1 Nummer 3 des Senatsgesetzes vom 18. Februar 1971 (HmbGVBl. S. 23), zuletzt geändert am 12. November 2014 (HmbGVBl. S. 484).

(2) Artikel 2 Nummern 1 bis 1.2, 5 und 6 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2021 in Kraft. Artikel 2 Nummer 7, Artikel 3 Nummern 1 bis 5, Artikel 4 und 6 sowie Artikel 7 Nummern 1 bis 3 treten am 1. Dezember 2022 in Kraft. Im Übrigen tritt dieses Gesetz am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(3) Das Gesetz über personalvertretungsrechtliche Sonderregelungen im Jahr 2020 vom 28. Mai 2020 (HmbGVBl. S. 314) in der geltenden Fassung wird aufgehoben.

Ausgefertigt Hamburg, den 11. Oktober 2022.

Der Senat

**Anlage 1
(zu Artikel 2)**

„Anlage VI

gültig ab 1. Dezember 2022

1. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe							
	1	2	3	4	5	6	7	8
A 4	2.516,92	2.576,47	2.635,94	2.695,58	2.748,62	2.781,49	2.804,45	2.808,06
A 5	2.546,07	2.609,49	2.672,58	2.736,08	2.799,22	2.862,53	2.887,79	2.899,05
A 6	2.585,38	2.661,33	2.736,08	2.804,45	2.872,68	2.941,11	3.009,44	3.037,15
A 7	2.684,08	2.770,01	2.856,31	2.942,14	3.028,39	3.114,53	3.195,29	3.253,85
A 8	2.829,73	2.932,28	3.034,61	3.138,30	3.242,15	3.338,32	3.434,65	3.520,45
A 9	2.949,35	3.056,88	3.164,44	3.274,71	3.384,79	3.492,41	3.599,86	3.690,52
A 10	3.153,04	3.298,75	3.444,10	3.591,13	3.722,30	3.862,32	4.004,99	4.116,24
A 11	3.583,36	3.710,68	3.853,05	3.998,34	4.143,64	4.288,92	4.434,21	4.580,37
A 12	4.007,62	4.156,84	4.306,11	4.455,34	4.604,61	4.753,87	4.903,11	5.044,52
A 13	4.481,74	4.641,59	4.801,43	4.961,23	5.121,05	5.280,88	5.440,69	5.596,71
A 14	4.712,91	4.928,21	5.143,51	5.358,81	5.574,09	5.789,40	6.004,69	6.187,25
A 15	5.739,21	5.930,74	6.122,26	6.301,89	6.481,51	6.661,14	6.840,78	6.974,39
A 16	6.321,70	6.544,92	6.768,13	6.978,16	7.188,16	7.398,16	7.608,19	7.759,11
Rhythmus	3 Jahre	2 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	6 Jahre	6 Jahre	

2. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung B
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	
B 1	6.867,25
B 2	7.979,93
B 3	8.450,98
B 4	8.944,30
B 5	9.510,36
B 6	10.044,86
B 7	10.564,81
B 8	11.106,76
B 9	11.779,60
B 10	13.869,11
B 11	14.407,66

3. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung R
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe							
	1	2	3	4	5	6	7	8
R 1	4.858,20	5.187,08	5.515,98	5.844,88	6.173,77	6.502,62	6.831,53	7.152,76
R 2	5.497,48	5.826,40	6.155,27	6.484,17	6.813,05	7.141,94	7.470,84	7.791,58
R 3	8.558,14							
R 4	9.051,48							
R 5	9.617,53							
R 6	10.152,02							
R 7	10.672,00							
R 8	11.213,92							
R 9	11.886,78							
R 10	14.571,96							

4. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung W
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	4.882,41	5.554,37	6.709,96

Anlage VII

gültig ab 1. Dezember 2022

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 45 Absatz 1)	Stufe 2 (§ 45 Absatz 2)
alle Besoldungsgruppen	145,96	270,77

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag
für das zweite zu berücksichtigende Kind um 124,81 Euro,
für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 385,69 Euro.

Erhöhungsbeträge für Besoldungsgruppen A 3 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind
in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 5 um je 5,11 Euro
ab Stufe 3 (§ 45 Absatz 2) für jedes weitere zu berücksichtigende Kind
in Besoldungsgruppe A 3 um je 25,56 Euro,
in Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro
und in Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anlage VIII

gültig ab 1. Dezember 2022

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Einstiegsamt, in das die Anwärterin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 4	1.199,10
A 5 bis A 8	1.318,18
A 9 bis A 11	1.371,40
A 12	1.509,25
A 13	1.575,04

Anlage IX

gültig ab 1. Dezember 2022

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen
(Monatsbeträge in Euro)
- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag
Hamburgisches Besoldungsgesetz			
§ 48 (allgemeine Stellenzulage)		§ 60 (Zulage bei mehreren Ämtern)	
Nummer 1		Die Zulage beträgt für die	
Buchstabe a	22,73	Besoldungsgruppen	
Buchstabe b	88,84	R 1	205,54
Nummer 2	98,73	R 2	230,08
§ 49 (Zulage für Polizei und		Besoldungsordnung A	
Steuerfahndungsdienst)			
Die Zulage beträgt nach einer		Fußnote	
Dienstzeit		A 4	2
von einem Jahr	63,69		78,23
von zwei Jahren	127,38	A 5	1
§ 50 (Feuerwehruzulage)			78,23
Die Zulage beträgt nach einer		A 6	1
Dienstzeit			78,23
von einem Jahr	63,69		169,68
von zwei Jahren	127,38	A 9	1
§ 51 (Zulage bei Justizvollzugs-			315,75
einrichtungen und Psychiatrischen		A 13	1, 2, 3
Krankeneinrichtungen)	101,81		320,90
§ 52 (Zulage in der Steuerverwaltung)			220,00
Die Zulage beträgt für Beamtinnen		A 14	2
und Beamte	76,00		146,66
§ 53 (Sicherheitszulage)			220,00
Die Zulage beträgt für die		A 15	2
Besoldungsgruppen			246,04
A 4 bis A 5	115,04	A 16	2
A 6 bis A 9	153,39		315,75
A 10 und höher	191,73	A 9 (kw)	1
§ 54 Absatz 1 (Fliegerzulage)			220,00
Nummer 1	368,13	A 13 (kw)	1
Nummer 2	294,50		220,00
§ 55 (Zulage für Meisterprüfung /		A 14 (kw)	1
Abschlussprüfung als staatlich			220,00
geprüfte Technikerin, staatlich		A 15 (kw)	1
geprüfter Techniker)	38,35		220,00
§ 55a (Zulage für die Landeswahlleiterin		Besoldungsordnung R	
oder den Landeswahlleiter)	300,00		
		Fußnote	
		R 1	1
			243,21
		R 2	3, 4
			243,21
		R 3	2
			243,21

Anlage IXa

gültig ab 1. Dezember 2022

Leistungsbezüge der Besoldungsordnung W

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag
§ 33 (Grundleistungsbezüge) Grundleistungsbezüge betragen für Professorinnen und Professoren der Besoldungsgruppen W2 und W3	747,52 Euro monatlich
§ 38 (Ruhegehaltfähigkeit von Leistungsbezügen) Der Gesamtbetrag der nach § 38 Absatz 2 Satz 4 für ruhegehaltfähig erklärten Leistungsbezüge beträgt höchstens	145.294,52 Euro jährlich

Anlage X
gültig ab 1. Dezember 2022

Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung C
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3.893,45	4.024,47	4.155,49	4.286,49	4.417,56	4.548,55	4.679,55	4.810,60	4.941,62	5.072,64	5.203,64	5.334,65	5.465,71	5.596,71	
C 2	3.901,61	4.110,41	4.319,23	4.528,04	4.736,87	4.945,68	5.154,46	5.363,26	5.572,07	5.780,87	5.989,64	6.198,46	6.407,27	6.616,07	6.824,84
C 3	4.280,00	4.516,39	4.752,83	4.989,27	5.225,71	5.462,13	5.698,55	5.934,98	6.171,38	6.407,82	6.644,25	6.880,70	7.117,10	7.353,51	7.589,97
C 4	5.393,05	5.630,68	5.868,37	6.106,04	6.343,72	6.581,41	6.819,05	7.056,72	7.294,37	7.532,03	7.769,72	8.007,33	8.245,03	8.482,69	8.720,36

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

Dem Grunde nach geregelt in	Höhe der Zulage pro Monat / der Vergütung pro Stunde in Euro
Bundesbesoldungsordnung C	
Vorbemerkungen	
Nummer 2b	98,73
Nummer 3	
Für Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppe(n)	
C 1	12,5% des (End-)Grundgehalts der Besoldungsgruppe A 13 *)
C 2	12,5% des (End-)Grundgehalts der Besoldungsgruppe A 15 *)
C 3 und C 4	12,5% des (End-)Grundgehalts der Besoldungsgruppe B 3 *)
Nummer 5	
wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1	205,54
wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 2	230,08
Besoldungsgruppe	Fußnote
C 2	1
104,32	
§ 41 Absatz 6 dieses Gesetzes	
Lehrvergütung je Stunde	40,00

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091), zuletzt geändert am 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160, 262)."

Anlage 2
(zu Artikel 4)

„Anlage 1

**Beträge der Grundgehälter in den Stufen und
Überleitungsstufen der Besoldungsordnung A**

gültig ab 1. Dezember 2022

Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)																
Besoldungs- gruppe	Überlei- tungs- stufe zu Stufe 1	Stufe 1	Überlei- tungs- stufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überlei- tungs- stufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überlei- tungs- stufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überlei- tungs- stufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überlei- tungs- stufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überlei- tungs- stufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überlei- tungs- stufe zu Stufe 8	Stufe 8
A 4	2.471,45	2.516,92		2.576,47		2.635,94		2.695,58		2.748,62			2.766,36	2.804,45		2.808,06
A 5	2.495,36	2.546,07		2.609,49		2.672,58		2.736,08		2.799,22			2.885,43	2.887,79		2.899,05
A 6	2.534,76	2.585,38		2.661,33		2.736,08		2.804,45		2.872,68		2.941,11	2.971,25	3.009,44		3.037,15
A 7	2.670,22	2.684,08		2.770,01		2.856,31		2.942,14		3.028,39	3.104,41	3.114,53	3.139,65	3.195,29	3.196,62	3.253,85
A 8	2.754,85	2.829,73		2.932,28		3.034,61		3.138,30		3.242,15	3.334,74	3.338,32	3.408,07	3.434,65	3.451,20	3.520,45
A 9	2.870,79	2.949,35		3.056,88		3.164,44		3.274,71		3.384,79	3.472,00	3.492,41	3.560,74	3.599,86	3.615,06	3.690,52
A 10	3.068,27	3.153,04	3.163,13	3.298,75	3.306,22	3.444,10	3.448,01	3.591,13		3.722,30	3.819,11	3.862,32	3.937,58	4.004,99	4.018,16	4.116,24
A 11	3.512,47	3.583,36	3.632,87	3.710,68	3.768,76	3.853,05	3.946,84	3.998,34	4.072,30	4.143,64	4.174,02	4.288,92	4.432,89	4.434,21	4.479,12	4.580,37
A 12	3.713,25	4.007,62	4.051,18	4.156,84	4.209,68	4.306,11	4.397,22	4.455,34	4.525,38	4.604,61	4.681,22	4.753,87	4.835,74	4.903,11	4.924,25	5.044,52
A 13	4.155,53	4.481,74	4.522,72	4.641,59	4.693,10	4.801,43	4.896,51	4.961,23	5.032,57	5.121,05	5.204,28	5.280,88	5.377,29	5.440,69	5.465,80	5.596,71
A 14	4.319,32	4.712,91	4.801,43	4.928,21	5.027,29	5.143,51	5.288,80	5.358,81	5.477,68	5.574,09	5.678,48	5.789,40	5.868,66	6.004,69	6.017,89	6.187,25
A 15	5.258,42	5.739,21	5.929,41	5.930,74	6.078,66	6.122,26	6.218,68	6.301,89	6.303,20	6.481,51	6.526,40	6.661,14	6.750,96	6.840,78	6.842,10	6.974,39
A 16	5.790,73	6.321,70	6.531,73	6.544,92	6.723,22	6.768,13	6.885,70	6.978,16	6.982,09	7.188,16	7.241,00	7.398,16	7.499,87	7.608,19	7.612,15	7.759,11

Anlage 2

**Beträge der Grundgehälter in den Stufen, Überleitungsstufen
und der Extrastufe der Besoldungsordnung R**

gültig ab 1. Dezember 2022

Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)																	
Besoldungsgruppe	Extrastufe	Überleitungsstufe zu Stufe 1	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8
R1	4.451,37	4.648,20	4.858,20	5.018,04	5.187,08	5.284,86	5.515,98	5.551,64	5.844,88	6.164,52	6.173,77	6.381,15	6.502,62	6.620,19	6.831,53	6.887,02	7.152,76
R2		5.390,52	5.497,48	5.702,21	5.826,40	6.153,95	6.155,27	6.190,93	6.484,17	6.754,93	6.813,05	6.991,35	7.141,94	7.258,17	7.470,84	7.524,98	7.791,58

**Siebenunddreißigste Verordnung
über die Erweiterung der Verkaufszeiten
aus Anlass von besonderen Ereignissen im Bezirk Eimsbüttel**

Vom 11. Oktober 2022

Auf Grund von § 8 Absatz 1 des Ladenöffnungsgesetzes vom 22. Dezember 2006 (HmbGVBl. S. 611), geändert am 15. Dezember 2009 (HmbGVBl. S. 444, 449), in Verbindung mit der Weiterübertragungsverordnung-Verkaufszeiten vom 3. April 2018 (HmbGVBl. S. 82), geändert am 6. Oktober 2020 (HmbGVBl. S. 523, 531), wird verordnet:

§ 1

Sonntagsöffnung am 6. November 2022

(1) Verkaufsstellen dürfen am Sonntag, dem 6. November 2022, in der Zeit von 13 Uhr bis 18 Uhr geöffnet sein aus Anlass der Veranstaltungen:

1. „Höffi’s Creative Day“ bei Möbel Höffner,
2. „TibART“ auf dem Tibarg,
3. „Kunst“ bei IKEA Schnelsen,
4. „Ein Hoch auf die Kultur – Sonntagsmusik in Eimsbüttel“ – Osterstraßen e.V.

(2) Nach § 8 Absatz 1 Satz 3 des Ladenöffnungsgesetzes wird die Freigabe der Öffnungszeiten nach Absatz 1

1. Nummer 1 auf Holsteiner Chaussee 130,
2. Nummer 2 auf Tibarg, Paul-Sorge-Straße 5/Wendlohstraße 13 sowie Zum Markt 1,
3. Nummer 3 auf Wunderbrunnen 1,
4. Nummer 4 auf Osterstraße 74 bis 178 und 79 bis 189, Emilienstraße 21 und 24, Heußweg 20 bis 52 und 25 bis 41, sowie Karl-Schneider-Passage, Schwenckestraße 30 bis 34, Hellkamp 16 bis 26 und 15 bis 27, Schopstraße 4 bis 10, sowie Methfesselstraße 60 bis 66 und 51 bis 61 beschränkt.

§ 2

Schlussvorschrift

Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Ladenschluss vom 12. Mai 1998 (HmbGVBl. S. 68), zuletzt geändert am 19. Oktober 2004 (HmbGVBl. S. 386), bleibt unberührt.

Hamburg, den 11. Oktober 2022.

Das Bezirksamt Eimsbüttel

**Siebenundvierzigste Verordnung
über die Erweiterung der Verkaufszeiten
aus Anlass von besonderen Ereignissen im Bezirk Wandsbek**

Vom 12. Oktober 2022

Auf Grund von § 8 Absatz 1 Satz 2 des Ladenöffnungsgesetzes vom 22. Dezember 2006 (HmbGVBl. S. 611), geändert am 15. Dezember 2009 (HmbGVBl. S. 444, 449), in Verbindung mit der Weiterübertragungsverordnung-Verkaufszeiten vom 3. April 2018 (HmbGVBl. S. 82), geändert am 6. Oktober 2020 (HmbGVBl. S. 523, 531), wird verordnet:

§ 1

Sonntagsöffnung am 6. November 2022

(1) Verkaufsstellen dürfen am Sonntag, dem 6. November 2022, in der Zeit von 13 Uhr bis 18 Uhr geöffnet sein aus Anlass der Veranstaltungen

1. „Fest der Länder & Sinne“,
2. „Kunsth Herbst im Rahlstedt Center!“,
3. „Kunst & Kultur“,
4. „Künstlerisch in den November“,
5. „Kultur“,
6. „Wandsbeker Winterzauber“.

(2) Nach § 8 Absatz 1 Satz 3 des Ladenöffnungsgesetzes wird die Freigabe der Öffnungszeiten nach Absatz 1

1. Nummer 1 auf den Einkaufstreffpunkt Farmsen, Berner Heerweg 175,

2. Nummer 2 auf Verkaufsstellen im Rahlstedt-Center, Wariner Weg 1,
3. Nummer 3 auf das Alstertal Einkaufszentrum, Kritenbarg/Heegbarg bis zum Saseler Damm,
4. Nummer 4 auf die Verkaufsstelle Walddörferstraße 140,
5. Nummer 5 auf die Marktplatz Galerie Bramfeld, Bramfelder Chaussee 230,
6. Nummer 6 auf das Einkaufszentrum Wandsbek QUARREE sowie die Straßen Wandsbeker Marktstraße zwischen Brauhäuserstraße und Ring 2, Schloßstraße von Wandsbeker Marktstraße bis zum Ring 2 (BID-Bereich),
beschränkt.

§ 2

Schlussvorschrift

Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Ladenschluss vom 12. Mai 1998 (HmbGVBl. S. 68), zuletzt geändert am 19. Oktober 2004 (HmbGVBl. S. 386), bleibt unberührt.

Hamburg, den 12. Oktober 2022.

Das Bezirksamt Wandsbek

Einundvierzigste Verordnung
über die Erweiterung der Verkaufszeiten
aus Anlass von besonderen Ereignissen im Bezirk Bergedorf

Vom 14. Oktober 2022

Auf Grund von § 8 Absatz 1 Satz 2 des Ladenöffnungsgesetzes vom 22. Dezember 2006 (HmbGVBl. S. 611), geändert am 15. Dezember 2009 (HmbGVBl. S. 444, 449), in Verbindung mit der Weiterübertragungsverordnung-Verkaufszeiten vom 3. April 2018 (HmbGVBl. S. 82), geändert am 6. Oktober 2020 (HmbGVBl. S. 523, 531), wird verordnet:

§ 1

Sonntagsöffnung am 6. November 2022

(1) Verkaufsstellen dürfen am Sonntag, dem 6. November 2022, in der Zeit von 13 Uhr bis 18 Uhr geöffnet sein aus Anlass der Veranstaltung „Kultur – Lagom: schwedische Gemütlichkeit“.

(2) Nach § 8 Absatz 1 Satz 3 des Ladenöffnungsgesetzes wird die Freigabe der Öffnungszeiten nach Absatz 1 beschränkt auf Verkaufsstellen am Unteren Landweg 77.

§ 2

Schlussvorschrift

Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Ladenschluss vom 12. Mai 1998 (HmbGVBl. S. 68), zuletzt geändert am 19. Oktober 2004 (HmbGVBl. S. 386), bleibt unberührt.

Hamburg, den 14. Oktober 2022.

Das Bezirksamt Bergedorf

**Zweiunddreißigste Verordnung
über die Erweiterung der Verkaufszeiten
aus Anlass von besonderen Ereignissen im Bezirk Altona**

Vom 17. Oktober 2022

Auf Grund von § 8 Absatz 1 Satz 2 des Ladenöffnungsgesetzes vom 22. Dezember 2006 (HmbGVBl. S. 611), geändert am 15. Dezember 2009 (HmbGVBl. S. 444, 449), in Verbindung mit der Weiterübertragungsverordnung-Verkaufszeiten vom 3. April 2018 (HmbGVBl. S. 82), geändert am 6. Oktober 2020 (HmbGVBl. S. 523, 531), wird verordnet.

§ 1

Sonntagsverkaufszeiten im Bezirk Altona

(1) Verkaufsstellen dürfen am Sonntag, dem 6. November 2022, in der Zeit von 13 Uhr bis 18 Uhr geöffnet sein aus Anlass der Veranstaltungen

1. „Kunst und Kultur“,
2. „Blaulichttag“,
3. „Kinder brauchen Musik“.

(2) Nach § 8 Absatz 1 Satz 3 des Ladenöffnungsgesetzes wird die Freigabe der Öffnungszeiten nach Absatz 1

1. Nummer 1 auf Osdorfer Landstraße 131,

2. Nummer 2 auf Jessenstraße 11, Große Bergstraße 146 bis 247, Neue Große Bergstraße 1 bis 44, Paul-Neumann-Platz 1 bis 15, Hahnenkamp 1 bis 8, Ottenser Hauptstraße 1 bis 48, Spritzenplatz, Bahrenfelder Straße 71 bis 113,
3. Nummer 3 auf Hasenhöhe 5 beschränkt.

§ 2

Schlussvorschrift

Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Ladenschluss vom 12. Mai 1998 (HmbGVBl. S. 68), zuletzt geändert am 19. Oktober 2004 (HmbGVBl. S. 386), bleibt unberührt.

Hamburg, den 17. November 2022.

Das Bezirksamt Altona

Verordnung
zur Änderung der Weiterübertragungsverordnung-Schulrecht

Vom 18. Oktober 2022

Auf Grund von § 116 in Verbindung mit § 25 Absatz 4 des Hamburgischen Schulgesetzes vom 16. April 1997 (HmbGVBl. S. 97), zuletzt geändert am 11. Oktober 2022 (HmbGVBl. S. 532), wird verordnet:

In § 1 Nummer 8 der Weiterübertragungsverordnung-Schulrecht vom 20. April 2010 (HmbGVBl. S. 324) wird die Textstelle „§ 26 Absatz 1 Satz 5“ durch die Textstelle „§ 25 Absatz 4“ ersetzt.

Gegeben in der Versammlung des Senats,
Hamburg, den 18. Oktober 2022.